

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum
am 27.08.2020

Tagungsort: Neue Schmiede, Saal, Handwerkerstraße 7, 33617 Bielefeld
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 19:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Barbara Schneider Bezirksbürgermeisterin

CDU

Frau Margarita Maler Ab 17.10 Uhr
Herr Achim Weigert Fraktionsvorsitzender

SPD

Frau Elke Gerdes
Herr Ole Heimbeck Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dirk Althoff
Herr Peter Brunnert
Frau Elke Herting
Frau Kerstin Metten-Raterink
Frau Christina Osei
Frau Hannelore Pfaff Fraktionsvorsitzende

BfB

Herr Manfred Witte

FDP

Herr Gebhard Spilker

Nicht anwesend:

CDU

Herr Dietrich Kögler Stellv. Bezirksbürgermeister

Die Linke

Herr Carsten Strauch

Verwaltung

Herr Hellermann, Bezirksamt Brackwede
Frau Kimpel, Bezirksamt Brackwede, Schriftführerin

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Schneider begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung zur 53. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Nach Erstellung und Versand der Tagesordnung ist eine Anfrage der Fraktion „Bündnis 90/ Die Grünen“ fristgerecht eingegangen, sowie heute eine Antwort im Rahmen zum Beschlusscontrolling zum grünen Pfeil. Frau Schneider schlägt vor, die Tagesordnung um diese Punkte zu erweitern.

**TOP 4.4 OWD Tempountersuchung
 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

**TOP 8.4 Prüf-Antrag Anbringen des Verkehrszeichens „Gr
 verkehr“ an Gadderbaumer Kreuzungen
 Antrag des Einzelvertreters der Fraktion "Die Linke
 Sitzung vom 12.03.2020, TOP 5.1**

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um die Punkte

**TOP 4.4 OWD Tempountersuchung
 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen er-
weitert.**

**TOP 8.4 Prüf-Antrag Anbringen des Verkehrszeichens „Gr
 verkehr“ an Gadderbaumer Kreuzungen
 Antrag des Einzelvertreters der Fraktion "Die Linke
 Sitzung vom 12.03.2020, TOP 5.1**

erweitert.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum

Frau Schneider verliest zwei schriftlich am 26.08.2020 eingereichte Einwohnerfragen von **Frau Ursula Sandmeyer, wohnhaft in Gadderbaum:**

Sehr geehrte Damen und Herren,

schon seit langer Zeit beobachte ich die Entwicklungen zur Neugestaltung des Spielplatzes am Botanischen Garten.

Zum einen wundere ich mich, dass der Spielplatz nun nach langem Wirken ohne Sicherung/Abtrennung des Gewässers in der Senke geöffnet wurde.

Frage:

Was passiert, wenn gerade kleine Kinder den Berg hinunterkullern und unglücklich im Wasser landen?

Frau Schneider verweist auf die Beantwortung der Verwaltung der Anfrage unter Tagesordnungspunkt 4.2.

.....

Zum anderen ist es sehr bedauerlich, dass der Spielplatz, der früher aus weiteren Geräten bestand, nun einfach reduziert wurde.

Zusatzfrage:

Wo sind Schaukel und Karussell geblieben?

Für mich stellt der Spielplatz ein Armutszeugnis für die Bielefelder Kinderkultur dar.

Herr Hellermann trägt die Antwort des Umweltbetriebes vor:

Grundsätzlich hat der Botanische Garten keinen im Bebauungsplan eingetragenen Kinderspielplatz, wie das für die meisten Kinderspielplätze im Stadtgebiet gilt. Es handelt sich hier um ein Spielangebot im Botanischen Garten. Die Schaukel war abgängig und nicht mehr verkehrssicher, ein Karussell hat auch auf dem früheren Spielgelände nicht gestanden. Für den neuen Spielbereich ist, zusätzlich zu den bereits vorhandenen Spielgeräten, noch ein Spielangebot für Kleinkinder geplant. Genaue Angaben kann ich dazu jedoch nicht machen.

Frau Schneider trägt eine weitere schriftlich am Sitzungstag abgegebene Einwohnerfrage von **Herrn Harald Hagemann** vor:

Nach den im November 2019 durchgeführten Abrissarbeiten der Kapelle auf dem Pellafriedhof ist die nunmehr freie Fläche nur mit einem Bauzaun umgeben und inzwischen stark mit Unkraut überwuchert.

Bis heute ist diese Fläche nicht-wie angekündigt- (Pressemitteilung vom 04.11.2019 des Umweltbetriebes, 700.61, Abteilung Planung und Unterhaltung Friedhöfe) mit Rasen versehen.

Frage:

Wann ist mit einer dem Friedhofsbild angemessenen Gestaltung dieser Fläche zu rechnen?

Frau Schneider bittet um Weitergabe an den Umweltbetrieb.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 1.1

Antwort zur Einwohnerfrage zum Stand des Angebotes von E-Rollern in Gadderbaum aus der Sitzung vom 28.05.2020

Herr Hellermann teilt unter Verweis auf die Einwohnerfrage von Herrn Müller die Antwort des Amtes für Verkehr mit.

Protokollauszug aus der Sitzung vom 28.05.2020 zur Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum

Fred Müller, Ortschaftsreferent Bethel (Name darf genannt werden)

Herr Müller fragt nach dem Stand des Angebotes für E-Roller auch in

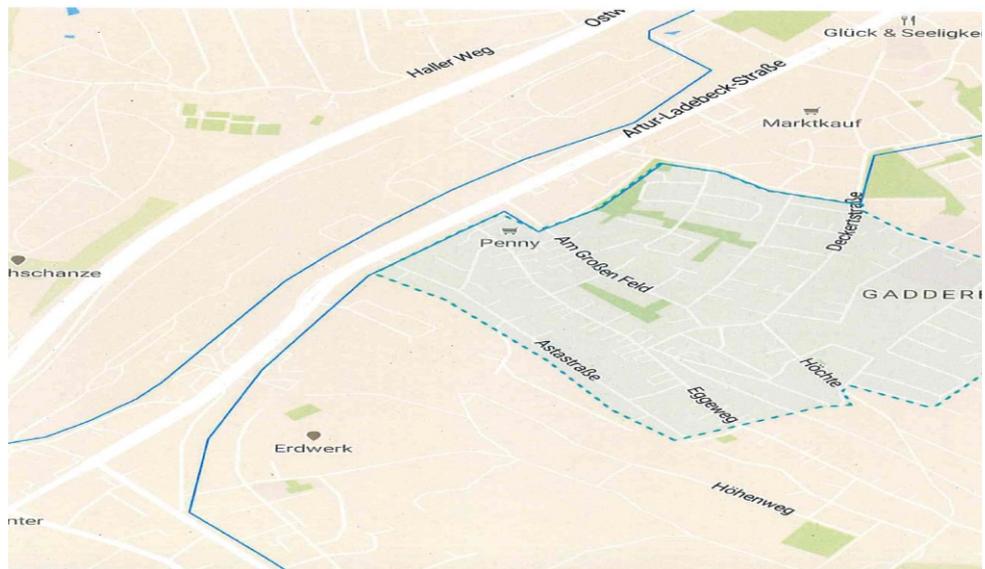
Gadderbaum.

Frau Schneider bittet um Beantwortung der Frage durch die Verwaltung.

Das Amt für Verkehr teilt Folgendes mit:

Die Firma Tier beabsichtigt entsprechend des beigefügten Plans ein Leihangebot für E-Scooter in Gadderbaum einzurichten. Das Geschäftsgebiet in der hier dargestellten Dimensionierung ist mit den Verantwortlichen der Bodelschwingschen Stiftungen Bethel abgestimmt – es werden keine Beeinträchtigungen durch den Betrieb der E-Scooter in diesem Bereich erwartet.

Die Einrichtung des neuen Angebotes ist voraussichtlich in den Monaten September/Oktober 2020 vorgesehen.



Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 52. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 28.05.2020

Frau Schneider bittet um Genehmigung der Niederschrift.

Herr Spilker merkt an, dass er künftig statt „mit großer Mehrheit“ die genaue Angabe des Stimmenverhältnisses wünsche.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 52. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 28.05.2020 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Mitteilungen der Bezirksbürgermeisterin:

Kommunalwahl 2020

Frau Schneider berichtet über ihren Versuch den Wahlschein mittels QR-Codes oder online zu beantragen, dessen Ergebnis sie an das Wahlamt weitergeleitet habe:

Ich habe versucht mittels des QR-Codes den Wahlschein zu beantragen. Die Führung durch die App ist auch in Ordnung, aber leider konnte ich den Vorgang nicht abschließen, weil ich die beiden erforderlichen Häkchen für Datenschutz usw. und Zustimmung usw. nicht setzen konnte. Ich habe ein Smartphon mit Androidsystem. Es wäre nett, wenn Sie dazu etwas sagen könnten. Ich würde dann in der nächsten Woche in der Sitzung der BV Gadderbaum darauf hinweisen, damit andere Wählerinnen und Wähler eventuelle Fehler vermeiden können.

Nach einigem Suchen konnte ich auf der Homepage den Wahlschein anfordern. Völlig problemlos. Aber vielleicht können Sie die IT ermuntern, Wahlscheinanforderung in den Schnellfinder zu integrieren. Die Eingabe von "Wahlschein anfordern" im Suchfeld brachte heute bei mir kein Ergebnis

Sie verliest dazu die Antwort des Wahlamtes:

Vielen Dank für Ihre Nachricht zum Online Wahlscheinantrag. Bitte entschuldigen Sie die verspätete Rückmeldung.

Das von Ihnen beschriebene Problem bzgl. des Datenschutzhäkchens ist bekannt und weitergeleitet, für uns allerdings leider nicht so lösbar.

Das Problem hängt laut des IT Dienstleisters mit dem verwendeten Browser zusammen, da diverse Browser nur in der aktuellsten Version unterstützt werden und keine Funktionsgarantie für ältere Versionen gegeben werden kann.

Sofern möglich, kann hier das Ausweichen auf einen alternativen Browser oder die Durchführung etwaiger Updates für den verwendeten Browser helfen.

Diese begrenzte Kompatibilität bedaure ich, verfüge aber leider nicht über die Macht und Möglichkeit, diese zu erweitern.

Die daraus entstehenden Unannehmlichkeiten bitte ich zu entschuldigen.

Für den Hinweis zur leichteren Recherche des Onlineantrags auf der städtischen Homepage danke ich. Wenn zwar lediglich nach dem Wort "Wahlschein" gesucht wird, führt das erste Ergebnis zur Möglichkeit, den Wahlschein online zu beantragen, allerdings wäre es praktisch, wenn dies auch bei leicht abgewandelten und erweiterten Suchbegriffen passieren würde. Da gebe ich Ihnen Recht und dieses Anliegen ebenfalls entsprechend weiter.

Frau Schneider teilt zudem mit, dass die Gadderbaumer Bürger*innen auf Bitten des Bezirksamtes Brackwede auch im dortigen Briefwahllokal seit dem 25.08.2020 wählen können.

Eggeweg

Frau Schneider teilt mit, dass es von Anwohnern des Eggeweges Beschwerden an das Amt für Verkehr zur Baustellenproblematik und des

vorgeschrieben Tempo 30 gegen hätte, die sie weitergeleitet hätte.

Das Amt für Verkehr hat daraufhin vorgeschlagen, dass ein Ortstermin, wahrscheinlich in der 43. Kalenderwoche, mit den Beschwerdeführern, ein bis zwei Bezirksvertretungsmitgliedern, der Verwaltung und der Polizei vereinbart werden solle.

Reinigung von Wegen

Frau Schneider weist aufgrund einer Einwohnernachfrage daraufhin, dass Verschmutzung von Gehwegen oder Ähnliches per App oder online auf der Bielefeld Seite der Stadt direkt gemeldet werden könnten. Der Umweltbetrieb kümmere sich in der Regel sehr schnell darum.

Mitteilungen der Verwaltung

Zuschüsse zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Kindertagesbetreuung

Herr Hellermann liest unter Verweis auf die bereits mit der Einladung versandte Mitteilung und die dazugehörige Vorlage folgende Mitteilung des Jugendamtes vor:

Der Jugendhilfeausschuss, der Finanz- und Personalausschuss sowie der Rat der Stadt Bielefeld haben in ihren Sitzungen am 27.05.2020, 09.06.2020 bzw. 18.06.2020 die Kriterien für die Vergabe der Zuschüsse zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Kindertagesbetreuung im Kita-Jahr 2020/2021 sowie die Bereitstellung der dafür erforderlichen kommunalen Mittel beschlossen (vgl. Drucksachen-Nr. 10849/2014-2020).

Der Jugendhilfeausschuss als zuständiger Fachausschuss hat am 16.06.2020 dann die träger- und kita-scharfe Zuordnung der genannten Zuschüsse beschlossen. Die Beschlussvorlage nebst Anlagen ist dieser Mitteilung beigelegt.

Die Bezirksvertretungen werden um Kenntnisnahme gebeten. Ursprünglich war geplant, im Vorfeld der abschließenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses die Bezirksvertretungen in die Beratungsreihenfolge mit einzubeziehen. Diese Möglichkeit bestand infolge des Zeitablaufs nach Beginn der Corona-Krise nicht mehr.

Anmerkung der Schriftführung:

Die Vorlage wurde mit der Einladung verschickt und zusätzlich am Sitzungstag ins Ratsinformationssystem gestellt.

Kita Hortweg/Martini

Herr Hellermann trägt die Mitteilung der Kita-Leitung vor:

Die geforderten Not-Auf- Steuergeräte wurden, nach einigen Schwierigkeiten, am Donnerstag, den 30.07.2020 von der Firma Specht und der Elektrofirma Schröder eingebaut. Die anderen Auflagen, wie die Schaffung einer Sichtverbindung von der Küche in die Halle und umgekehrt, die Beschilderung der Notausstiegsfenster und die feuerfeste Unterlage

für den Wasserkocher und die Kaffeemaschine sind erfüllt worden.

Frau Schneider erinnert daran, dass immer noch die Antwort der Feuerwehr zum Wendehammer dort fehle.

Anmerkung der Schriftführung:

Das Feuerwehramt wurde nochmal um Stellungnahme gebeten zu folgendem Sachverhalt.

Protokollauszug zum Ortstermin am 03.04.2019 bei der Kita Hortweg:

Bezüglich des absoluten Haltverbots im Wendehammer wird die Feuerwehr, Abteilung vorbeugender Brandschutz, die Örtlichkeiten begutachten und gegebenenfalls die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

Verkehrsführung Auffahrt Johannistal/OWD

Herr Hellermann verliest folgende Anordnung des Amtes für Verkehr:

Im Rahmen der DB-Brückensanierung in der von-der-Recke-Straße wurde eine Fahrspurtrennung im Zubringer zum OWD sowie Johannistal eingerichtet. Diese Verkehrsführung fand bei den Bürgern so viel Zuspruch, dass durch die Bezirksvertretung Gadderbaum am 03.05.2018 und den Stadtentwicklungsausschuss am 05.05.20 die Weiterführung sowie der endgültige Umbau beschlossen wurde. Mittlerweile liegt ein Plan dazu vor. Auf Grund der Jahnplatz-Baustelle sollen Bautätigkeiten im Umkreis unterbunden werden.

Mittlerweile ist die DB-Brücke wieder geöffnet und die Baufirma will die Beschilderung (auch im Zubringer) abbauen. Um die Zeit bis zum Endumbau zu überbrücken, sollen feste Einbauten (Leitboys) erfolgen, um den täglichen Kontrollaufwand bei mobiler Beschilderung zu verhindern.

Die Tafeln mit Hinweis auf die Spuraufteilung sollen von der Fa. SLT erworben und ebenfalls fest aufgestellt werden.

Unfallhäufungsstellen

Herr Hellermann trägt folgende Mitteilung des Amtes für Verkehr vor:

Für den Bezirk Gadderbaum kann das Amt für Verkehr die erfreuliche Mitteilung geben, dass zur Unfallkommission 2020-I keine neuen Unfallhäufungsstellen gemeldet wurden und daher kein Anlass-Protokoll übersandt wird.

Im Controlling wurden zunächst nur die Unfallhäufungsstellen behandelt, bei denen neue Beschlüsse erforderlich waren. Die anderen aktenkundigen Unfallhäufungsstellen werden erst in der Jahres-Unfallkommission (UK 2020-II) thematisiert.

Mitteilung der Bezirksvertretung

Frau Pfaff teilt mit, dass das Freibad Gadderbaum am 30.08.2020 das letzte Mal geöffnet sei.

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Gemeinschaftshaus Bolbrinker Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 11449/2014-2020

Frau Schneider trägt die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vor.

Wie weit sind die Arbeiten für den barrierefreien Zugang zum Gemeinschaftshaus Bolbrinker?

Begründung:

Die Verwaltung wird gebeten über die Arbeiten für den barrierefreien Zugang zum Gemeinschaftshaus Bolbrinker zu berichten, da keine offensichtlichen Fortschritte zu sehen sind.

Herr Hellermann trägt die Antwort des Immobilienservicebetriebes vor:

Hinsichtlich ungeklärter künftiger Nutzung hat der Immobilienservicebetrieb (ISB) den barrierefreien Zugang zunächst nicht umgesetzt.

Der ISB wird kurzfristig alle Beteiligten zu einem Termin einladen, so dass nach Klärung der Nutzungsperspektive die barrierefreie Erschließung umgesetzt werden kann.

Herr Hellermann teilt zudem mit, dass es noch weitere Mitteilung dazu im nicht öffentlich Teil geben werde.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4.2 Spielplatz Botanischer Garten Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 11450/2014-2020

Frau Schneider liest die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vor.

Die Verwaltung wird um Stellungnahme gebeten, ob es kritische Rückmeldungen von Eltern zum Spielplatz im Botanischen Garten gibt, hinsichtlich des Abhanges, der angrenzend zum Bach runterführt. Gab es schon konkrete Vorfälle, bei denen Kinder in den Bach gefallen sind?

Begründung:

Inzwischen gibt es wiederholte Rückmeldungen von Eltern, die in dem nicht abgesicherten Abhang eine konkrete Gefährdung für ihre Kleinkinder sehen, wenn diese dort stürzen und im schlimmsten Fall mit dem Gesicht in den Bach fallen.

Herr Hellermann trägt die Antwort des Umweltbetriebes vor:

Dem Umweltbetrieb sind keine derartigen Vorfälle bekannt. Das gilt auch für kritische Rückmeldungen von Eltern im Zusammenhang mit dem Spielplatz. Weder der Leiter des Botanischen Gartens noch die Grünun-

terhaltung im Umweltbetrieb sind jemals damit konfrontiert worden. Auch die, für die Oberbauleitung zuständige, Objektplanung im Umweltbetrieb hat solche Hinweise nicht erhalten.

Das Bachtal wird in dieser und der nächsten Woche bepflanzt. Es entsteht eine umfangreiche Strauch- und Staudenpflanzung bis an den Bach heran. Diese Pflanzflächen trennen den Spielplatz vom Bach und stellen eine nicht nutzbare Barriere dar. Voraussetzung dafür ist selbstverständlich, dass die Pflanzung auch als solche respektiert wird.

Herr Hellermann weist daraufhin, dass mit dieser Antwort auch die Frage der Einwohnerin Frau Sandmeyer beantwortet sei.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4.3

Kalkbergweg Nr. 16

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 11452/2014-2020

Frau Schneider trägt die Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vor.

Bündnis 90/Die Grünen bittet die Verwaltung, Auskunft über das Grundstück „Kalkbergweg Nr. 16“ zu geben.

Liegt für das Grundstück eine Vorgabe vor, die eine Bebauung trotzdem möglich macht?

Zusatzfrage 1:

Wenn dies so ist, wie sieht diese inhaltlich aus?

Begründung:

Das genannte Grundstück liegt im Naturschutzgebiet und eine Bebauung wäre demnach ausgeschlossen.

Frau Schneider teilt mit, dass im Onlinedienst der Stadt dieses Grundstück nicht als Naturschutzgebiet ausgewiesen sei.

Herr Brunnert weist auf die sich in der Zwischenzeit angesiedelten Pflanzen und Tiere hin und dass seines Erachtens ein Lückenschluss an dieser Stelle ökologisch nicht tragbar sei.

Da keine Antwort der Verwaltung vorliegt, wird der Tagesordnungspunkt vertagt.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 4.4

OWD Tempountersuchung **Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11557/2014-2020

Frau Schneider verliest die Anfrage der Fraktion „Bündnis 90/ Die Grünen“.

Kann die Verwaltung der Bezirksvertretung Gadderbaum die Nebenrechnungen zur Lärmbelastung durch den Verkehr auf dem OWD zur nächsten Sitzung zur Verfügung stellen?

Begründung:

*Die Ergebnisse des externen Gutachters sollten nicht abgewartet werden. Die Bürger*innen in Gadderbaum möchten so schnell wie möglich wissen, wie laut es am OWD ist. Lärm macht krank.*

Herr Hellermann trägt die Antwort des Amtes für Verkehr vor.

Als Anlage –in der Sitzung verteilt- erhalten Sie die Neuberechnungen der Lärmwerte für den Ostwestfalendamm in städtischer Baulast und in der Baulast von Straßen NRW.

Die Ergebnisse des externen Gutachters für eine abschließende neue Bewertung liegen noch nicht vor.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Überprüfung der Parksituation an der Straße Hohe Luft **Prüfantrag des Einzelvertreters der Fraktion Die Linke**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11392/2014-2020

Frau Schneider trägt den Antrag des Einzelvertreters der Fraktion „Die Linke“ vor.

Die Verwaltung wird gebeten, die Verkehrssituation an der Straße Hohe Luft zu überprüfen, und ggf. entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung einzuleiten, wie z.B. Halte- bzw. Parkverbote oder verpflichtende gekennzeichnete Parkflächen anzulegen.

Begründung:

Vornehmlich an den Wochentagen ist die Straße Hohe Luft auf beiden Seiten stark zugeparkt.

Die Situation schildert sich nach Angaben aus der Anwohnerschaft folgendermaßen:

Es ist so eng, dass man befürchten muss, dass im Ernstfall z.B. die Feuerwehr Probleme bei der Durchfahrt hätte. Die Verkehrssituation ist sehr unübersichtlich, da bei Verkehr aus beiden Fahrt-Richtungen aufgrund von Stau immer wieder zurückgesetzt werden muss.

Außerdem ist das Ausparken aus den Stellplätzen auf den Grundstücken der Wohnhäuser teils erschwert.

Die Situation hat sich seit ca. 1 Jahr ergeben. Bei den zusätzlichen abgestellten PKWs handelt es sich wohl um Anwohner aus anderen Bereichen der Umgebung (Neubauten), aber auch oft um Besucher bzw. Angestellte der Fa. Windsor.

Herr Spilker spricht seine Unterstützung für den Antrag aus.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Verkehrssituation an der Straße Hohe Luft zu überprüfen, und ggf. entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung einzuleiten, wie z.B. Halte- bzw. Parkverbote oder verpflichtende gekennzeichnete Parkflächen anzulegen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5.2

Bordsteinabsenkung Haller Weg- Brücke
Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11453/2014-2020

Frau Schneider verliest den Antrag der Fraktion „Bündnis 90/ Die Grünen“.

Bündnis 90/Die Grünen bittet die Verwaltung, am Anfang der Haller Weg-Brücke, vom Bethelack kommend, den Bordstein, auf Höhe der Rampe zum Park, auf beiden Seiten der Straße abzusenken.

Begründung:

Personen, die von der rechten Straßenseite zur linken Straßenseite wechseln wollen, um zu der Rampe, die in den Park führt, zu kommen, müssen zweimal einen Bordstein in Höhe von 13 cm überwinden.

*Das ist für Radfahrer*innen, Rollstuhlfahrer*innen und geheingeschränkte Menschen mit Rollator oder Gehstütze, sowie für Kinderwagen eine große Barriere und ebenso eine mögliche Unfallgefährdung.*

Herr Brunnert führt noch ergänzend aus, dass der Bordstein an der Stelle außergewöhnlich hoch sei.

Herr Witte möchte den Antrag in eine Anfrage umwandeln, um zunächst prüfen zu lassen, ob dies rechtlich überhaupt möglich sei.

Herr Spilker schließt sich Herrn Witte an. Er fände die Bordsteinerhöhung grundsätzlich gut, da die Fußgänger besser geschützt seien und auch das Wasser bei starkem Regen so nicht auf den Fußweg gelange. Sollte es eine Absenkung geben, schlägt er eine Rampe mit Umlaufgitter vor, damit auch die Fahrradfahrer*innen nicht direkt auf die Straße fahren würden.

Frau Osei spricht sich für einen Antrag und nicht für eine Anfrage aus.

Herr Heimbeck stimmt Herrn Brunnert zu und signalisiert seine Zustimmung, wenn die technischen Voraussetzungen dafür vorlägen.

Herr Brunnert geht davon aus, dass rechtliche und technische Dinge von der Verwaltung geprüft würden.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

Beschluss:

Bündnis 90/Die Grünen bittet die Verwaltung, am Anfang der Haller Weg-Brücke, vom Beteleck kommend, den Bordstein, auf Höhe der Rampe zum Park, auf beiden Seiten der Straße abzusenken.

- mit großer Mehrheit beschlossen –(11 dafür, 2 dagegen)

Zu Punkt 5.3

Überquerungshilfe Hohenzollernstraße

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11454/2014-2020

Frau Schneider trägt den Antrag der Fraktion „Bündnis 90/ Die Grünen“ vor.

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung, an der Einmündung Haller Weg/Ecke Hohenzollernstraße einen Zebrastreifen oder aber eine Mittellinsel zu setzen.

Begründung:

*An der benannten Stelle ist die Hohenzollernstraße über 25 Meter breit. Diese große Querungsdistanz muss von dem/der Fußgänger*in überquert werden, ohne dass es eine Möglichkeit gibt, sich dabei gegenüber dem fließenden Verkehr mittels Anhaltens oder Schauens absichern zu können.*

Insbesondere Kinder auf dem Schulweg, ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen benötigen aber bei einer so langen Straßenüberquerung eine straßenverkehrliche Unterstützung

Frau Schneider verweist auf die bereits gefassten Beschlüsse dazu und die Aufnahme durch die interfraktionelle Arbeitsgruppe in die Prioritätenliste und bittet um Verweis in die interfraktionelle Arbeitsgruppe Verkehr. Die Straßenbaumaßnahmen seien alphabetisch aufgeführt. Es müsste zudem geklärt werden, welche Maßnahmen bereits durchgeführt worden seien und bittet die Verwaltung um Beantwortung.

Frau Pfaff greift auch die früheren Beschlüsse insbesondere die Prioritätenliste der interfraktionellen Arbeitsgruppe Verkehr im Jahr 2018 auf. Sie ist der Meinung, dass diese Maßnahme keine Straßenbaumaßnahme sei, sondern wie an der Lutterstraße zunächst eine Übergangslösung wäre, bis die Straßenbaumaßnahme dann folge. Daher sollte der Antrag nicht in die Arbeitsgruppe verwiesen werden.

Herr Spilker spricht sich gegen den Antrag aus. Die Hohenzollernstraße müsse nicht an dieser Stelle quer über den Platz gequert werden, son-

dem an anderer Stelle. Da dort Tempo 30 herrsche, sei zudem kein Zebra-
streifen dort möglich.

Frau Schneider weist daraufhin, dass dort auch viele ältere Menschen
aus Richtung Hallerweg auswärts und Piusstraße unterwegs seien und
zur Querung lange Umwege gehen müssten.

Herr Witte bestätigt die Aussage von Herrn Spilker, dass dort kein Zebra-
streifen möglich sei. Er bekräftigt auch die Aussage von Frau Schneider,
dass zum Teil lange Wege zurückgelegt werden müssten.

Herr Heimbeck schließt sich Frau Schneider an und spricht sich auch für
die Verlegung in die Arbeitsgruppe aus, damit genügend recherchiert
werden könne. Er beantragt eine erste Lesung.

Frau Pfaff entgegnet, dass eine erste Lesung bedeute, dass die Bezirks-
vertretung dann erst Anfang nächsten Jahres beschließen könnte.

Frau Metten-Raterink verweist auf die Schulkinder, die zur Martinschule
gingen und von ihren Eltern größtenteils gebracht würden, da der Weg zu
gefährlich sei.

Herr Brunnert bittet um eine kurze Unterbrechung.

Herr Brunnert schlägt folgenden abgeänderten Beschlussvorschlag vor:

**Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung, an der Einmündung Hal-
ler Weg/Ecke Hohenzollernstraße eine Mittelinsel, vergleichbar Ein-
mündung Lutterstraße, zu setzen, und zunächst der Bezirksvertre-
tung Gadderbaum einen Kostenvoranschlag mitzuteilen.**

Frau Pfaff bittet auch nochmal um Antwort der Verwaltung zur Prioritäten-
liste.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden abweichenden

Beschluss:

**Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung, an der Einmündung Hal-
ler Weg/Ecke Hohenzollernstraße eine Mittelinsel, vergleichbar Ein-
mündung Lutterstraße, zu setzen, und zunächst der Bezirksvertre-
tung Gadderbaum einen Kostenvoranschlag mit zu teilen.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen
–(12 dafür, 1 dagegen)

Zu Punkt 5.4

**Finanzierung einer Kommunikationstafel aus bezirklichen
Sondermitteln von 2020**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 11456/2014-2020

Frau Schneider trägt den Antrag der Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“
vor.

Bündnis 90/Die Grünen bittet die BZV-Mitglieder, eine Kommunikationsta-

fel aus den Bezirklichen Sondermitteln 2020 auf einen unserer großen Kinderspielfläche innerhalb Bethels aufzustellen. In Frage käme der neue Spielplatz im Bohnenbachpark.

Der Preis dieser Kommunikationstafel liegt bei ca. 300 Euro. Hinzu kommen ein Aufsteller und die Aufstellung vor Ort. Wir werden 800-1000 Euro benötigen.

<https://eu.autismusverlag.ch/detail/index/sArticle/307>

Diese Kommunikationstafel ermöglicht es nichtsprechenden Kindern auf dem Spielplatz themenbezogen miteinander ins Gespräch zu kommen.

Begründung:

Kommunikation gilt als menschliches Grundrecht. Es wird davon ausgegangen, dass jeder Mensch das Bedürfnis nach Kommunikation und Kontakten hat. Aber nicht jede Person hat die Möglichkeit, verbal zu kommunizieren.

Aus diesem Grund möchten wir uns insbesondere in unserem Stadtbezirk für das Aufstellen der Kommunikationstafel engagieren. Sie unterstützt bei der inklusiven Teilhabe am öffentlichen und kulturellen Leben.

Mit den anerkannten, graphisch sehr klar gestalteten Metacom-Symbolen (Sprachsymbole zur unterstützenden Kommunikation), von denen insbesondere die Bewohner Bethels profitieren, könnten wir einen kleinen, aber sehr deutlichen Schritt in Richtung Inklusion und Teilhabe machen – ganz egal, welche verbalen Mittel als Grundvoraussetzung vorhanden sind. Die Kinder an der Mamre-Patmos--Schule in Bethel erarbeiten z. B. ihren Unterrichtsstoff mit der gleichen Symbolsammlung.



Die Kommunikationstafel ist aber nicht nur für non-verbale Kinder ein gutes Hilfsmittel, um sich verständigen zu können. Sie ist auch ein Gewinn für andere Interessensgruppen, zum Beispiel

- für Menschen mit keinen oder geringen Deutschkenntnissen
- für Menschen mit Demenz
- für Menschen mit Hirnverletzungen
- für Kinder im Vorschulalter

Letztlich profitieren aber auch Menschen ohne sprachliche Einschränkungen von der Kommunikationstafel. Sie lädt dazu ein, sich mit den

Möglichkeiten von Sprache spielerisch zu beschäftigen, quasi nebenbei inklusive Erfahrungen zu machen und diese in das eigene Alltagswissen zu integrieren.

Herr Hellermann teilt mit, dass noch 4.717,00 € bezirkliche Sondermittel zur Verfügung ständen.

Bisher hätte nur die Martinschule den jährlichen Betrag von 182,00 € erhalten.

Frau Schneider würde den Antrag gerne zunächst in die interfraktionelle Arbeitsgruppe verweisen, um dieses auch mit Bethel ab zu klären.

Frau Pfaff erwidert, dass das bereits mit Bethel abgeklärt sei.

Herr Weigert möchte wissen, wieviel Betroffene es denn gäbe.

Frau Metten-Raterink antwortet, dass es viele seien, sie aber keine genaue Anzahl nennen könne. Die Tafeln würden eine barrierefreie Kommunikation ermöglichen.

Herr Heimbeck findet die Idee grundsätzlich gut. Es sollte jedoch kein Präzedenzfall geschaffen werden. Die bezirklichen Sondermittel sollten eine Ergänzung sein und nicht alleiniges Finanzierungsmittel.

Auf Bethelspielplätzen könnte Bethel einen Antrag auf Zuschuss aus den bezirklichen Sondermittel stellen; auf städtischen Spielplätzen könnten dann auch Mittel aus dem bezirklichen Grün genommen werden.

Zudem frage er sich, warum Bethel noch nicht aktiv geworden sei.

Herr Witte bezweifelt, dass kleinere Kinder dies verstehen würden. Grundsätzlich sollten alle Spielplätze einbezogen werden.

Herr Spilker hält die Kommunikationstafeln für unpraktisch. Auch an anderer Stelle müssten sich diese Menschen verständigen.

Frau Metten-Raterink merkt dazu an, dass die Betroffenen in der Regel eine Fibel bei sich hätten.

Frau Schneider sieht die Bezirksvertretung nicht ohne Weiteres dazu in der Lage, den pädagogischen und sinnvollen Wert beurteilen zu können. Zudem interessieren sie die Folgekosten und wer diese trage.

Herr Brunnert führt aus, dass noch genügend bezirkliche Sondermittel vorhandenen seien und somit diesen vielleicht ungewöhnlichen Weg einmal zu gehen, jedoch nicht für alle Spielplätze.

Herr Weigert ergänzt die Frage von Herrn Heimbeck, warum sich Bethel bisher noch nicht darum gekümmert habe, mit dem Hinweis, dass in Bethel die Experten säßen und diese es dann wohl nicht für so wichtig hielten.

Frau Metten-Raterink entgegnet ihm, dass die Unterstützende Kommunikation Beratungsstelle einen Stellenanteil von 25% dafür hätte und sich daher nicht darum kümmern könne.

Zudem merkt sie an, dass nicht die Größe des Spielplatzes ausschlaggebend sei, sondern der Standort. Im Bohnenbachpark hielten sich viele

Kinder mit Beeinträchtigungen auf.

Herr Heimbeck merkt an, dass zu viele Fragen u. a. auch die Folgekosten und Schäden durch Vandalismus noch nicht geklärt seien, um einen Beschluss zu fassen.

Frau Schneider schlägt vor den Antrag in die interfraktionelle Arbeitsgruppe Spielplätze, öffentliches Grün, Jugend zu verweisen, um dort auch Experten zu hören.

Die Verwaltung stimmt einen Termin ab, frühestens jedoch ab 12.10.2020.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum spricht sich einstimmig dafür aus.

Beschluss:

Bündnis 90/Die Grünen bittet die Bezirksvertretungsmitglieder, eine Kommunikationstafel aus den Bezirklichen Sondermitteln 2020 auf einen unserer großen Kinderspielplätze innerhalb Bethels aufzustellen. In Frage käme der neue Spielplatz im Bohnenbachpark. Der Preis dieser Kommunikationstafel liegt bei ca 300 Euro. Hinzu kommen ein Aufsteller und die Aufstellung vor Ort. Wir werden 800-1000 Euro benötigen.

<https://eu.autismusverlag.ch/detail/index/sArticle/307>

Diese Kommunikationstafel ermöglicht es nichtsprechenden Kindern auf dem Spielplatz themenbezogen miteinander ins Gespräch zu kommen.

vertagt

Zu Punkt 5.5

Geschützte Radfahrstreifen auf der Artur-Ladebeck-Straße auf Gadderbaumer Gebiet

Geimnsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD, sowie des Einzelvertreters der Fraktion Die Linke

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11493/2014-2020

Frau Schneider trägt den gemeinsamen Antrag der Fraktionen „Bündnis 90/ Die Grünen“, „SPD“ und dem Einzelvertreter der Fraktion „Die Linke“ vor.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt, der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich auf der Artur-Ladebeck-Straße zwischen Stadtring und Adenauerplatz beidseitig auf Gadderbaumer Gebiet baulich geschützte Radfahrstreifen (sogenannte „protected bike lanes“) zu planen und einzurichten.

Dabei ist zu prüfen, ob für diese Umbaumaßnahme Fördergelder eingeworben werden können.

Die Gestaltung erfolgt unter Beachtung der Standards des öffentlich-rechtlichen Vertrages der Stadt Bielefeld mit dem Radentscheid Bielefeld, den Vorgaben der Maßnahme 181 der Bielefelder Radverkehrskonzeptes und den in der Begründung aufgeführten Maßgaben.“

Begründung:

Die Artur-Ladebeck-Straße ist die wichtigste Verbindung zwischen dem Bielefelder Süden und der Innenstadt. Sie wird stark von Radfahrenden frequentiert, denen keine ausreichend sicheren Verkehrswege zur Verfügung stehen. Gefährdungen bestehen vor allem durch zu kleine Radverkehrsanlagen und schlechte Sichtbeziehungen an Einmündungen und Kreuzungen.

Details der zu planenden Maßnahme

Gemäß der Maßnahme 181 des Radverkehrskonzeptes werden die jeweils rechten Fahrstreifen aufgehoben, so dass Platz für den Radfahrstreifen geschaffen wird. Die Radfahrstreifen sollen baulich von den Kzfahrstreifen getrennt werden. Für diese bauliche Trennung können (Gummi-)Poller, Bordsteine oder andere geeignete Elemente genutzt werden. Die Entwässerung der Straße ist dabei weiterhin gewährleistet.

Um den Bedürfnissen der Gewerbetreibenden und des Lieferverkehrs Rechnung zu tragen, werden Ladezonen eingerichtet, die von der Fahrbahn ohne Überquerung des Radstreifens erreichbar sind.

Um Konflikte zwischen ÖPNV-/Fuß- und Radverkehr zu entschärfen werden die Bushaltestellen gemäß niederländischem Vorbild gestaltet.

Einsatzfahrten der Rettungsdienste, der Feuerwehr und der Polizei können durch die ausreichende Breite über den geschützten Radfahrstreifen abgewickelt werden.

Zusätzlich sind die betroffenen Kreuzungen in die Planung einzubeziehen, um sichere Abbiegemöglichkeiten für Radfahrende zu gewährleisten.

Die Maßnahme soll so lange Bestand haben, bis die Artur-Ladebeck-Straße für einen Radschnellweg ertüchtigt wird. Nach Möglichkeit erfolgt die Planung bereits so, dass diese in einen Radschnellweg integriert werden kann.

Herr Brunnert führt noch ergänzend aus, dass zum Klimaschutz die Straßennutzung nicht belassen werden könne, wie bisher. Es müsse ein positiver Anreiz geschaffen werden, um mehr Menschen zum Fahrradfahren zu motivieren, auch für die letzten Meter. Denn mehr Fahrradfahrer*innen bedeute weniger Autos. Das bedeute dann auch wiederum mehr Platz für Autos. Die jetzigen Fahrradwege an der Artur-Ladebeck-Straße seien teilweise gefährlich.

Herr Heimbeck bestätigt die Gefährlichkeit des Radweges. Er selbst habe auch schon einen Unfall erlitten. Man wolle stadtpolitisch jetzt dringend etwas voranbringen. Die Bezirksvertretung empfiehlt in diesem Fall und der Stadtentwicklungsausschuss solle beschließen.

Herr Witte teilt die Auffassung nicht. Es gäbe einen Radentscheid für ganz Bielefeld. Warum solle Gadderbaum jetzt ausscheren. Die Artur-Ladebeck-Straße sei eine Hauptverkehrsstraße und Ausweichstrecke für den Ostwestfalendamm. Autos seien nun mal vorhanden. Die Umgestaltung würde zu viel Geld kosten. Er stimme deshalb nicht zu.

Herr Spilker stimmt Herrn Witte zu. Bei einer Reduzierung der Fahrbahnen wären Rückstaus z. B. am Ellerbrocksfeld und am Bethelack vorpro-

grammiert. Die Autofahrer würden dann auf Schleichwege durch die Wohngebiete ausweichen.

Frau Osei möchte mit dem Antrag den Radentscheid vorantreiben. Die Ziele seien richtig, die Umsetzung aber zu langsam. Wenn die Fahrradwege komfortabler seien, würden sie auch mehr genutzt.

Herr Brunnert hält es für wichtig, die Verkehrsanteile zu verändern. Aus Gründen der Gesundheit, des Klimaschutzes und der Sicherheit müsste der motorisierte Verkehr weniger werden. Er nennt als gelungenes Beispiel die Stadt Karlsruhe.

Herr Spilker verweist auf die Menschen, die auf das Auto angewiesen seien, wie Pflegedienste, Handwerker, ältere Menschen. Für diese sei der Stau hinderlich und sollte vermieden werden.

Frau Pfaff möchte den Stadtentwicklungsausschuss mit dem Antrag unterstützen. Der Bereich auf dem Gebiet von Mitte sei gestern beschlossen worden.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt, der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich auf der Artur-Ladebeck-Straße zwischen Stadtring und Adenauerplatz beidseitig auf Gadderbaumer Gebiet baulich geschützte Radfahrstreifen (sogenannte „protected bike lanes“) zu planen und einzurichten.

Dabei ist zu prüfen, ob für diese Umbaumaßnahme Fördergelder eingeworben werden können.

Die Gestaltung erfolgt unter Beachtung der Standards des öffentlich-rechtlichen Vertrages der Stadt Bielefeld mit dem Radentscheid Bielefeld, den Vorgaben der Maßnahme 181 der Bielefelder Radverkehrskonzeptes und den in der Begründung aufgeführten Maßnahmen.“

- mit Mehrheit beschlossen –(9 dafür, 4 dagegen)

Zu Punkt 6

Einrichtung eines interaktiven Wald- und Naturerlebnispfades in Bielefeld-Olderdissen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 11311/2014-2020

Frau Schneider bittet unter Verweis auf die Vorlage um Kenntnisnahme.

Herr Heimbeck findet die Idee gut. Er hoffe, dass der Stadt keine zu hohen Folgekosten bei der Erhaltung und Pflege entstünden, da bereits durch das große Waldsterben der Grünflächenbereich mit 10 Millionen im Minus stehen würde.

Herr Brunnert hält die Erneuerung für notwendig; der alte Lehrpfad sei auch schon in die Jahre gekommen. Der Lehrpfad würde von vielen Gruppierungen genutzt.

Er würde sich allerdings wünschen, dass die Einführungstafel nicht nur

am Parkplatz Olderdissen stände, sondern auch an anderen Stellen z. B. am Botanischen Garten, damit der Pfad von mehreren Einstiegsstellen genutzt werden könne.

Herr Spilker hält die Idee auch für gut, da auch Olderdissen damit etwas entlastet würde. Er hätte es besser gefunden, wenn der Pfad noch mehr am Botanischen Garten entlangführen würde. Er sieht aber auch das Problem, dass dann weitere Kosten für die erforderliche Wegesanierung entstehen könnten.

Frau Schneider unterstützt die Bitte von Herrn Brunnert und bittet die Bezirksvertretung um Zustimmung, dass die Verwaltung weitere Einföhrungstafeln z. B. am Botanischen Garten aufstellen lassen solle.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis und spricht sich einstimmig dafür aus, dass die Verwaltung weitere Einföhrungstafeln z. B. am Botanischen Garten aufstellen lassen solle.

Zu Punkt 7

Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen im Jahr 2020 im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 11408/2014-2020

Frau Schneider verweist auf die Vorlage und schlägt vor, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen und festzustellen, dass die Bezirksvertretung nichts zu empfehlen habe. Damit sei die Vorlage sauber "abgearbeitet".

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 8.1

Maßnahmenkonzept Ochsenheide BVGa/047/2019, 31.10.2019, Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum TOP: Ö 10.1 Maßnahmenkonzept Ochsenheide; TOP 5.2 aus der Sitzung vom 02.05.2019 Maßnahmenkonzept Ochsenh

Herr Hellermann trägt folgende Mitteilung des Ordnungsamtes vor:

In der Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 31.10.2019 wurde um verstärkte Kontrollen bezüglich des unzulässigen Parkens im Bereich der Ochsenheide gebeten.

Zur Durchführung von Kontrollen an der Ochsenheide musste zunächst eine rechtssichere Beschilderung hergestellt werden. Dies wurde im letzten Winter durch das Amt für Verkehr umgesetzt.

Seitdem führt der Verkehrsüberwachungsdienst des Ordnungsamtes regelmäßig (mindestens zweimal wöchentlich) Falschparkerkontrollen zu unterschiedlichen Zeiten und an unterschiedlichen Wochentagen durch. Dabei werden vergleichsweise wenige Verstöße festgestellt.

| Monat | Anzahl Verstöße |
|------------------------|-----------------|
| März 2020 | 3 |
| April | 3 |
| Mai | 5 |
| Juni | 2 |
| Juli | 2 |
| August (bis 24.08.) | 4 |

Das Ordnungsamt wird seine Kontrollen fortsetzen.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8.2

Ersatz von Bänken am Rundweg um den Ententeich im Sportpark Gadderbaum, BVGa/052/2020, 28.05.2020

Herr Hellermann informiert darüber, dass das der Bezirksvertretung bekannten und von ihr am 28.05.2020 beschlossenen Bankkonzept des Umweltbetriebes umgesetzt worden sei.

Mitteilung des Umweltbetriebes:

Die Bänke am „Ententeich“ wurden gemäß dem vorgelegten Konzept eingebaut, es wurden insgesamt 7 neue Bänke eingebaut. Laut unserem Einkauf kostet eine Bank 345,- netto incl. Fracht.

Wenn wir aus den bezirklichen Mitteln 2020 der Bezirksvertretung Gadderbaum 2.500,-€ für die Bänke abrechnen könnten, wäre das sehr hilfreich.

Den Einbau und Um-/Rückbau der Banksitzplätze würde dann der Umweltbetrieb aus dem Pflegebudget übernehmen.

Anmerkung der Schriftführung:

Dem Umweltbetrieb wurde beziehend auf den Beschluss bereits mitgeteilt, dass der Ansatz der bezirklichen Grünmittel in Höhe von 1.338 € verwendet werden könne.

Frau Schneider schlägt vor, aus den bezirklichen Sondermitteln die fehlenden 1.077,00 € für die Bänke an den Umweltbetrieb zu überweisen.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden

Beschluss:

Für die Bänke am Ententeich wird dem Umweltbetrieb ein weiterer Zuschuss von 1.077 € aus den bezirklichen Sondermitteln gewährt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen –

Zu Punkt 8.3

Bessere Anbindung des Tierparks Olderdissen gerade an Wochenenden und Feiertagen an den ÖPNV Antrag der Fraktion B90/Die Grünen, Sitzung vom 28.05.2020; TOP 5.3

Herr Hellermann verweist auf die Anfrage aus der Sitzung vom 28.05.2020 zu Punkt 5.3.

Protokollauszug aus der Sitzung vom 28.05.2020 zu Punkt 5.3
Bessere Anbindung des Tierparks Olderdissen gerade an Wochenenden und Feiertagen an den ÖPNV
Antrag der Fraktion B90/Die Grünen

Frau Schneider verliest den Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“.

Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit moBiel zu erarbeiten, wie der Tierpark Olderdissen gerade an Wochenenden und Feiertagen besser an den ÖPNV angebunden werden kann.

Begründung:

Der Parkplatz ist brechend voll.

*Die Bürger*innen werden aufgefordert, doch das Auto daheim zu lassen.*

Dazu muss es ein gutes Angebot von Nahverkehrsanbindungen geben.

Weitere Begründung mündlich

Herr Althoff begründet den Antrag weiter mit der nicht ausreichenden Anbindung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) an den Wochenenden und Feiertagen. Die Busse führen nur im Halb-oder Stunden-takt. Es müsse eine engere Taktung alle 15/20 Minuten geben.

Herr Heimbeck versteht die Intention, hielte aber einen konzeptionellen großflächigeren Prüfauftrag, z. B. wie kann man erreichen, dass weniger Besucher mit dem Auto kämen; also eine Verhaltensänderung, für besser.

Frau Pfaff möchte genau das gerade nicht. Wenn der ÖPNV öfter fahre, würde dieser auch mehr genutzt. Ein großer Prüfauftrag dauere zu lange.

Herr Spilker spricht sich auch für einen Prüfauftrag aus, denn die Probleme entstünden nur an bestimmten Tagen, nicht ganzjährig und durchaus auch wetterabhängig.

MoBiel müsse sich flexibel einstellen können.

Herr Brunnert verweist auf die Vorlage zum Tagesordnungspunkt 12, in der der Schönwetterbus nach Olderdissen aufgeführt sei. Er schlägt vor, den Antrag dort auf zu nehmen.

Herr Witte weist daraufhin, dass es für moBiel auch wirtschaftlich seien müsse und daher sollte von dort ein Vorschlag gemacht werden.

Herr Strauch hält einen Ergebnis offenen Antrag für sinnvoll.

Frau Osei stimmt Herrn Strauch zu. Es sollte ein Konzept erarbeitet wer-

den.

Herr Heimbeck unterstützt den Vorschlag von Herrn Brunnert, den Antrag unter Tagesordnungspunkt 12 mit aufzunehmen.

Herr Brunnert bittet darum, die Leitung des Tierparks mit ein zu binden.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum spricht sich einstimmig für die Aufnahme des Antrages in der Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt 12 aus.

Herr Hellermann trägt die Mitteilung des Amtes für Verkehr vor:

Die Linie 24 verkehrt derzeit am Samstag und Sonntagnachmittag regulär im 30-Minuten-Takt aus der Innenstadt (Jahnplatz) zum Tierpark. An Sonn- und Feiertagen wird dieses Angebot nachmittags durch den "Schönwetterbus" zwischen 12 und 17 Uhr verstärkt: Vom Jahnplatz aus liegen die Abfahrten genau im 15-Minuten-Intervall zur Linie 24, vom Tierpark aus wird 5 Minuten vor dem Linienwagen gefahren. Diese Lösung ist sinnvoll, um die regulären Fahrten vom Tierpark in die Innenstadt zu entlasten. Eingeplant ist diese Zusatzleistung als Gelenkbus. Eine Erweiterung dieses Angebotes ist derzeit nicht geplant.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8.4

Prüf-Antrag Anbringen des Verkehrszeichens „Grüner Pfeil für Radverkehr“ an Gadderbaumer Kreuzungen Antrag des Einzelvertreters der Fraktion "Die Linke" Sitzung vom 12.03.2020, TOP 5.1

Herr Hellermann verweist auf den gefassten Antrag und verliest die Antwort des Amtes für Verkehr:

Mit der am 28. April 2020 in Kraft getretenen Änderung der Straßenverkehrsordnung (StVO) wurde als neues Verkehrszeichen der Grünpfeil nur für den Radverkehr eingeführt. Dieses Zeichen kann an Lichtsignalanlagen angeordnet werden und ermöglicht Radfahrenden von einem Schutzstreifen, einem Radfahrstreifen oder einem baulich angelegten Radweg während einer Rotphase rechts abzubiegen, soweit die Verkehrslage dies zulässt.

Die Straßenverkehrsbehörden waren wegen der noch fehlenden Verwaltungsvorschriften zur StVO angewiesen worden, vor einem Tätigwerden aufgrund der StVO-Novelle 2020 konkretisierende Anordnungsvoraussetzungen des Landes NRW abzuwarten. Diese liegen als Erlass des Ministeriums für Verkehr NRW u.a. für das Grünpfeilschild inzwischen vor.

Auf diesen Grundlagen hat die Straßenverkehrsbehörde nunmehr die ersten Prüfungen vorgenommen. Danach erscheinen zunächst folgende Kreuzungen (Fahrbeziehungen) für das Anbringen des Grünpfeilschildes grundsätzlich geeignet:

zu 2.) von der Friedrich-List-Str. rechtsabbiegend in die Artur-Ladebeck-Str.
zu 3.) von der Artur-Ladebeck-Str. rechtsabbiegend in den Eggeweg
zu 6.) von der Artur-Ladebeck-Str. rechtsabbiegend in Am Ellerbrocks Hof

Das nach der StVO vorgeschriebene Anhörungsverfahren u.a. mit der Polizei werden wir deshalb einleiten. Vorbehaltlich des Ergebnisses könnte eine Umsetzung im Herbst 2020 erfolgen.

Das Grünpfeilschild nur für den Radverkehr kann nach der StVO angeordnet werden, wenn Radfahrende von einer Radverkehrsanlage (Schutzstreifen, Radfahrstreifen oder baulich angelegtem Radweg) rechts abbiegen. An folgenden Kreuzungen / Fahrbeziehungen fährt der Radverkehr auf der Fahrbahn, Radverkehrsanlagen sind nicht vorhanden:

zu 2.) Quellenhofweg in die Artur-Ladebeck-Str.
zu 3.) Eggeweg in die Artur-Ladebeck-Str.
zu 4.) Quellenhofweg in die Deckertstr. und Deckertstr. in den Quellenhofweg
zu 5.) Sandhagen in die Artur-Ladebeck-Str.
zu 6.) Am Ellerbrocks Hof in die Artur-Ladebeck-Str.
zu 7.) Kalkberg (Nr. 151) in die Artur-Ladebeck-Str.

Das Grünpfeilschild kann daher hier nicht angeordnet werden.

Der Grünpfeil nur für den Radverkehr darf u.a. auch nicht verwendet werden, wenn dem entgegenkommenden Verkehr ein konfliktfreies Abbiegen nach links signalisiert wird und der Radverkehr nach dem Rechtsabbiegen nicht auf einer benutzungspflichtigen Radverkehrsanlage geführt wird. Benutzungspflichtige Radverkehrsanlagen sind Radfahrstreifen und baulich angelegte Radwege mit blau-weißer Beschilderung. An folgenden Kreuzungen / Fahrbeziehungen mit Signalisierung eines konfliktfreien Linksabbiegens fehlen diese:

zu 1.) Artur-Ladebeck-Str. in den Haller Weg (Schutzstreifen)
zu 2.) Artur-Ladebeck-Str. in den Quellenhofweg (keine Radverkehrsanlage)
Artur-Ladebeck-Str. in die Friedrich-List-Str. (Schutzstreifen)
zu 5.) Artur-Ladebeck-Str. rechtsabbiegend in den Sandhagen (keine Radverkehrsanlage).

Das Grünpfeilschild darf daher für diese Fahrbeziehungen leider nicht angeordnet werden.

Das Grünpfeilschild darf ebenfalls nicht verwendet werden, wenn Pfeile in den für den Rechtsabbieger gültigen Lichtzeichen die Fahrtrichtung vorschreiben. Dies ist zu 1.) am Haller Weg, rechtsabbiegend in die Artur-Ladebeck-Str. der Fall. Auch hier besteht deshalb keine Möglichkeit, das Grünpfeilschild anzuordnen.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 9

Antrag auf bezirkliche Sondermittel Förderverein Martinschule Bielefeld e. V.

Frau Schneider informiert über den Antrag des Fördervereins der Martinschule, der allen Bezirksvertretungsmitgliedern bereits vorliegt.

Der Förderverein hätte gerne einen Zuschuss für die Anschaffung von zusätzlichen Spielgeräten für den Pausenverleih.

Frau Osei verweist auf den bereits beim letzten Mal schon angebrachten Hinweis der Nachhaltigkeit und bittet um Anschaffung von dementsprechenden Spielgeräten.

Frau Pfaff merkt an, dass der geforderte Betrag sehr hoch sei.

Frau Osei sieht ausnahmsweise die Notwendigkeit dafür gegeben, da die Schulkinder sehr unter der Corona Krise litten und sich viel mehr noch draußen aufhielten und die Spielgeräte nutzen würden.

Frau Schneider weist daraufhin, dass auch nach Abzug des Zuschusses für die Bänke am Ententeich noch 3.640,00 € aus den bezirklichen Sondermittel zur Verfügung ständen.

Herr Weigert ergänzt die Ausführungen von Frau Pfaff, dass eigentlich 500,00 € als Zuschuss zu einer Maßnahme gewährt werden sollten, in dem Fall es aber aus den gegebenen Gründen in Ordnung sei.

Herr Witte fragt nach, ob der Feuerwehr noch ein Hinweis auf noch vorhandene Sondermittel gegeben werden solle.

Frau Schneider entgegnet ihm, dass alle Vereine über das Vorhandensein der Sondermittel informiert seien.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bewilligt dem Förderverein der Martinschule einen Zuschuss aus den bezirklichen Sondermittel in Höhe von 1.000,00 € für die Anschaffung von weiteren zusätzlichen Spielgeräten für die Pausenkisten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

gez. Barbara Schneider
Bezirksbürgermeisterin

gez. Andrea Kimpel
Schriftführerin